

ÖÖ-EUROPAFORUM | EUROPAS CHANCEN ZWISCHEN CHINA UND DEN USA



Geht ihren Ländern die Zukunft? US-Präsident Donald Trump (li.) und Chinas Staatschef Xi Jinping bei ihrem Treffen im Mai

Foto: APA/APR/Smlalowski

„Wir sind abhängig und erpressbar“

■ **Scharfe Analyse von Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger beim ÖÖN-Europaforum**

■ **Die EU habe Potenzial, müsse aber Bürokratie abbauen und gleichgesinnte Partner in der Welt suchen**

VON MARKUS STAUDINGER UND HERMANN NEUMÜLLER

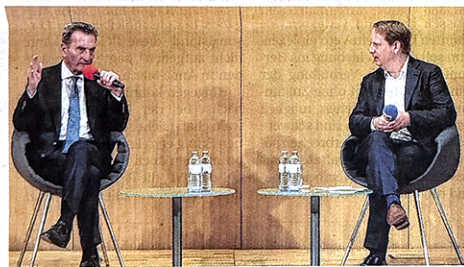
LINZ. „Kriege und Krisen sind die neue Realität“, sagte Günther Oettinger, von 2010 bis 2019 EU-Kommissar für Energie, Digitale Wirtschaft und zuletzt für den EU-Haushalt verantwortlich, beim Europa-Forum der ÖÖNachrichten in Kooperation mit der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) am Dienstagabend in den Promenaden Galerien in Linz.

Es habe eine Pandemie gegeben, es gebe Probleme mit dem Klimawandel, aber darüber das große Bild: Demokratie versus Autokratie. „In dieser Welt werden viel mehr Menschen von Autokraten, Diktatoren und Verbrechern regiert als von Demokraten.“ Und die Autokraten hätten ein gemeinsames Ziel: gegen den Westen. „Sie sind gegen soziale Marktwirtschaft, gegen Meinungs- und Pressefreiheit, gegen Glaubens- und Religionsfreiheit und gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, sagte Oettinger.

Zwei große Fragen

Es werde in den nächsten Jahren nur um zwei große Fragen gehen: Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. „Vergessen Sie alles andere“, sagte Oettinger. Bei Sicherheit gehe es sowohl um die innere als auch die äußere und vor allem um die Cybersicherheit. Das sei die eine Frage, und die andere sei: Wie stehen wir wirtschaftlich da, also wie wettbewerbsfähig sind wir?

Nach dem Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs habe man an ein Zeitalter ewigen Friedens geglaubt, so Oettinger. Diktatoren hätten eines gemeinsam: Sie kündigten an, was sie vorhätten. Xi Jinping sage glasklar, dass er vorne sein wolle, sowohl politisch als auch militärisch und wirtschaft-



Günther Oettinger (li.) und Moderator Markus Staudinger

Foto: Weibhold

„Wir müssen auf die Briten zugehen“

„Heute ist ein heißer Tag – nicht nur draußen“, sagte **Christoph Leitl**, Präsident der Initiative Standort Oberösterreich (IWS), am Dienstagabend beim Europaforum in den Promenaden Galerien in Linz. „Zehn Jahre Brexit. Und alle, die bei uns vom Öxit reden, denen sage ich: Schaut nach England“, so Leitl. Dort habe sich die Stimmung längst gedreht. „Heute sagt in Großbritannien eine deutliche Mehrheit der Bürger: Das war ein Fehler!“ Das sei ein lebendiges Beispiel und überzeugender als alle Argumente, die man für die EU-Mitgliedschaft bringen könne. „Aber was soll in den nächsten zehn Jahren passieren?“, fragte Leitl. „Wir brauchen Großbritannien bei der Sicherheit oder in der Wirtschaft.“ Das heiße aber nicht, dass die Briten gleich wieder zurückkom-

men. Aber es könnte heißen, dass wir eine Art norwegisches Modell anstreben, so Leitl, also eine wirtschaftliche Partnerschaft und Regelungen in sensiblen Bereichen. „Wir sollten aktiv auf die Briten zugehen, noch dazu jetzt, wo es bald einen neuen Premierminister geben wird“, sagte Leitl. Und unsere Rolle als Europäer sei es, die Annäherung an die Union nicht nur als Zuschauer, sondern initiativ zu begleiten. Die Initiative Standort Oberösterreich versteht sich als überparteiliche europäische Bewegung. Alle, die etwas über Europa zu sagen hätten, auch Kritischen, seien willkommen, solange es konstruktiv sei, sagte Leitl. „Konstruktive Auseinandersetzung ist das Salz der Demokratie.“

Als „glühender Europäer“ bezeichnet sich Christoph Leitl selbst. Foto: Weibhold



dergang der Europäer ist unübersehbar“, sagte Oettinger.

„Es wird in den nächsten Jahren um zwei Fragen gehen: Wie schaffen wir innere und äußere Sicherheit und wie steigern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit, um mit den Großen mithalten zu können?“

■ **Günther Oettinger**

Da gehe es um Arbeitsplätze, da gehe es um Perspektiven für die junge Generation. „Es hieß immer: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. Das bricht jetzt“, sagte Oettinger. Die daraus hervorgehende Verunsicherung sei letztlich auch eine Gefahr für die Demokratie. „Wir sind eindeutig unter unseren Möglichkeiten unterwegs“, so Oettinger.

Der Iran-Krieg habe gezeigt, dass Europa nicht mehr relevant sei. „Wir sind von den USA nicht einmal informiert worden.“ Nach wie vor müssten US-Soldaten den Kontinent schützen, und die Abhängigkeit von China, etwa bei seltenen Erden, sei enorm. „Wir sind abhängig und erpressbar“, sagte Oettinger.

Fußfesseln ablegen

Europa sei hochgradig überreguliert. Um das durchaus vorhandene Potenzial zu nutzen, sei es notwendig, unsere selbst angelegten Fußfesseln abzustreifen, sprich: Bürokratieabbau und Entbürokratisierung.

Man solle auch auf den Rat des kanadischen Ministerpräsidenten Mark Carney hören, der die mittleren Mächte zur Zusammenarbeit aufrufe, um sich gegen die Übermacht von USA, China und Russland zu stemmen. Dazu zählt Oettinger neben Kanada etwa Brasilien, Taiwan, Australien und Japan. „Wir in der EU müssen erwachsen und besser werden“, sagte Oettinger und rät zu weiteren Handelsabkommen mit diesen mittleren Mächten.

Europa sei zu sehr erpressbar, sei es durch die USA im digitalen Bereich, bei seltenen Erden durch China. Und Europa müsse zu einem Wachstum von einhalb bis zwei Prozent zurückkehren und versuchen, dies auch ohne zusätzliche Schulden zu schaffen.

lich. Zum 100-jährigen Bestehen der Volkrepublik China 2049 wolle er die USA überholt und Taiwan einverleibt haben. Für Vladimir Putin, den russischen Präsidenten, sei der Zerfall der Sowjetunion die größte Katastrophe im 20. Jahrhundert gewesen, er strebe ein neues Zarenreich, eine neue Sowjetunion an. Die Übernahme der Halbinsel Krim, den Überfall auf die Ukraine habe Putin angekündigt. Aber die Menschen in der Ukraine leisteten Großartiges. „Sie wollen nicht unter dem Joch Moskaus leben“, sagte Oettinger. Die innere und äußere Sicherheit zu wahren, sei die wichtigste Aufgabe unserer Generation, so Oettinger.

Wirtschaftlich im Niedergang

Die zweite Herausforderung für die EU sei die Wettbewerbsfähigkeit. Im Jahr 2020 seien die USA und die EU beim Bruttoinlandsprodukt mit einem Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung bei etwa 25 Prozent gleichauf gelegen. Die USA hätten dieses Niveau gehalten, die EU sei auf 17 Prozent zurückgefallen. Gleichzeitig habe China im selben Zeitraum von sieben auf 17 Prozent Anteil aufgeholt. „Zahlen lügen nicht. Der Nie-